

# Mehr Kooperation für bessere Integration

Stiftungen fordern, dass Bund, Länder und Kommunen bei der Eingliederung von Migranten enger zusammenarbeiten

VON RUTH CIESINGER

BERLIN - Kritik wird verpackt in eine gute Nachricht: Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland hält eine aktive Integrationspolitik mit klaren Zielen nicht nur für richtig, sondern fordert sie auch ein, sagt Klaus Bade, Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Doch die Politik traue dem Bürger offenbar nicht. Jedenfalls hinke sie mit ihren Maßnahmen oft um Jahrzehnte hinterher - so wie bei dem am 1. April in Kraft getretenen Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse. „Hunderttausende zum Teil höchst qualifizierte Zuwanderer“ erreiche das Gesetz nicht mehr, da sie entweder Ersatzkarrieren „unter ihrem Niveau“ eingeschlagen hätten oder als Taxifahrer oder Hausmeister in Rente gegangen seien, kritisiert Bade. Vor allem aber, und das ist die Hauptbotschaft des diesjährigen SVR-Jahresgutachten, sei das föderale System der Bundesrepublik „nur bedingt tauglich“, integrationspolitische Maßnahmen zu vernetzen und zu koordinieren.

Der SVR, eine Initiative von acht privaten Stiftungen, hat seinen dritten Integrationsbericht und das zweite sogenannte Integrationsbarometer vorgelegt. Diesmal geht es um die institutionellen Voraussetzungen für Integration in Deutschland, die nach Ansicht der Experten stark verbesserungswürdig sind - besonders im Bildungsbereich, aber auch in der Arbeitsverwaltung und beim Sozialen Wohnen. Um das „eher unkoordinierte Nebeneinander“ zu vermeiden und „Informations-transfer sowie Vernetzung“ zu gewährleisten, schlägt der SVR eine „zentrale Serviceagentur für kommunale Integrationspolitik“ vor, die beispielsweise an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angeschlossen werden könne.

Auch hofft Bade auf eine „Entlastung des Bundesinnenministeriums“, das „in der Einwanderungsgesellschaft noch nicht angekommen“ sei. Maria Böhmer (CDU), Staatsministerin für Integration, lehnte eine solche Serviceagentur aber postwendend ab, da die „Vertreter der Städte keine Vorgaben von oben wollen“.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, der am Dienstag der Vorstellung einer anderen Studie zur kommunalen Integration beiwohnte (siehe Kasten), betont sogar, es gebe kaum einen Bereich, wo Bund, Länder und Kommunen so stark vernetzt seien wie bei der Integration.

Dass aber Bildung für die Integration zentral ist, darüber ist man sich einig. Hier kritisiert der SVR das mit der Föderalismusreform von 2006 beschlossene „Kooperationsverbot“ zwischen Bund und Ländern als kontraproduktiv. Die Regelung, die verhindert, dass der Bund zum Beispiel arme Länder bei der Finanzierung ihrer Schulen unterstützt, gehöre abgeschafft. Die Länder müssten die unterschiedliche Finanzkraft der Kommunen stärker ausgleichen als bisher, da „Integration nicht von den zufälligen Rahmenbedingungen der Kommune abhängen“ dürfe, so der Rat.

Besonders deutliche Worte findet der scheidende SVR-Vorsitzende Bade für das geplante Betreuungsgeld. Ein „Schuss in

## Taxifahrer statt Arzt - Abschlüsse wurden lange nicht anerkannt

den Ofen“ sei es, zumindest integrationspolitisch. Es werde „absehbar dazu führen, dass der Besuch einer Kita ausgerechnet bei Kindern zurückgeht, deren Eltern die sozialen Startnachteile ihrer Kinder bei Bildung oder Deutschkenntnissen nicht aus eigener Kraft bis Schulbeginn ausgleichen können“. Eine Kitapflicht fordert der SVR zwar nicht, aber Bade fordert, auch hier darauf zu achten, dass nicht durch ungleiche Ausgangschancen der Kinder die „Transferabhängigkeit von einer Generation zur nächsten“ weitergegeben wird. Integration sei eben kein Thema ausschließlich mit Migrationshintergrund, sondern betreffe die gesamte Gesellschaft.

Das in diesem Jahr zum zweiten Mal vorgestellte Integrationsbarometer, für das insgesamt 9200 Personen mit und ohne Migrationshintergrund in fünf Ballungsregionen, darunter Berlin-Brandenburg, befragt wurden, fällt angesichts heftiger öffentlicher Debatten über den Integrationswillen verschiedener Einwanderungsgruppen und Angst vor dem Islam stabil positiv aus. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung erwartet Verbesserungen der Integration durch die Politik, ebenfalls etwa 50 Prozent der Befragten - mit und ohne Migrationshintergrund - beklagt aber, dass die öffentliche Diskussion über Integration „eher negativ“ geführt werde. Dazu passt auch, dass die Integration am eigenen Wohnort meist als sehr viel besser wahrgenommen wird als anderswo.



„Schuss in den Ofen“. Das geplante Betreuungsgeld stößt bei Integrationsexperten auf Unverständnis. Denn es behindere die Integration von Kindern.

Foto: Kitty Kleist-Heinrich

## SICHT DER KOMMUNEN

### Hilfe erwünscht

Zeitgleich mit dem Sachverständigenrat für Integration und Migration, aber an anderem Ort in Berlin, hat am Dienstag das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (Desi) eine Studie zur Rolle der Kommunen bei der Integration vorgestellt. Die Ergebnisse der beiden Berichte hätten sich gut ergänzt. So messen laut Desi-Studie, die von der Bundesregierung beauftragt worden war, knapp drei Viertel der 228 erfassten Kommunen der Integration eine sehr hohe Bedeutung bei. Sie wünschen sich aber von Bund und Ländern mehr systematische und langfristige Unterstützung. Das betrifft die Sprachförderung, die Anerkennung von Schul- und Bildungsabschlüssen sowie strukturelle Reformen des Bildungssystems. Dass Integration heute in Großstädten „Chefsache“ sei und in über der Hälfte der Kommunen als Querschnittsaufgabe gelte, führt Studienautor Frank Gesemann maßgeblich auf Initiativen auf Bundes- und Länderebene zurück, wie etwa den Nationalen Integrationsplan. Wichtig sei den Kommunen vor allem die Bildungsförderung und das Vorgehen gegen Fremdenfeindlichkeit. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stephan Articus, räumt aber ein, dass es „viele Lücken“ bei der Integration gebe. So sei man bei der interkulturellen Öffnung „noch nicht so richtig weitergekommen“. Nach den jüngsten Tarifabschlüssen im Öffentlichen Dienst werde sich das nicht ändern: Vielen Kommunen werde „nichts anderes übrig bleiben“, als Arbeitsplätze abzubauen, anstatt verstärkt Migranten einzustellen. Articus verweist in dem Zusammenhang auch auf die hohe Zahl von Schulabrechern unter Migranten, die doppelt so hoch ist wie unter deutschstämmigen Jugendlichen. Gerade Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit fehlten die Mittel für eine bessere Integration. Die Kommunen kritisierten, es gebe keine ausreichende Datenlage zur Migrantenbevölkerung und bestehenden Projekten, insbesondere sei der Erfolg von Sprachförderkursen bislang wenig belegt. Programme sollten besser abgestimmt werden. Und die Kommunen wollen mehr finanzielle Unterstützung der Länder. Die Staatsministerin für Integration, Maria Böhmer (CDU), sagte, es müssten mehr Zuwanderer „in den öffentlichen Dienst, beispielsweise als Erzieherinnen, Lehrkräfte, bei der Polizei, Feuerwehr oder in der Verwaltung“.

KNA/AFP/Tsp

ANZEIGE

DER TAGESSPIEGEL  
eMobility Summit

Der Kongress  
am 21. und 22. Mai in Berlin

Jetzt anmelden!

www.emobility-summit.de